

Brief aus Berlin

Ihres Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis Stuttgart-Süd

Dr. Stefan Kaufmann

03/2013

23.02.2013



Liebe Leserinnen und Leser,

seit meinem letzten Brief sind drei ereignisreiche Wochen im Zeichen von Wechsel, Durchbruch und Wandel vergangen. Der Wechsel: Unter der Woche waren wir noch zusammen auf einer Delegationsreise in Südafrika. Am Samstag nach der Rückkehr dann der Rücktritt von Annette Schavan. Mit großer Würde und Konsequenz. Dank für unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit und Respekt vor ihrer enormen und unbestrittenen Leistung für die deutsche Bildungs- und Forschungspolitik! Ich bin froh, dass mit Johanna Wanka eine bestens geeignete Nachfolgerin gefunden wurde. Der Durchbruch: Nach vielen zermürbenden Diskussionen über die Zukunft des Projekts Stuttgart 21 und wilden Spekulationen um die Entscheidung des Aufsichtsrates am 5. März kam am Freitag endlich das erwartete klare Signal der Bundesregierung. Ich bin Wolfgang Schäuble dankbar, dass er sich mit deutlichen Worten hinter das Projekt gestellt hat. Alles andere als ein Weiterbau wäre ein Rückschlag für Stadt, Region und Land. Der Wandel: In Sachen Gleichstellung haben die vielen Gespräche der letzten Wochen und Monate offenbar gefruchtet: auch die Spitze „meiner“ Partei steht im Lichte des jüngsten Urteils des BVerfG zur Sukzessiv-Adoption kurz vor einem Richtungswandel. Es wäre ein enormer Fortschritt, wenn wir nun das Heft des Handels in die Hand nehmen würden.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494
Fax: 030/227-76228
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:
stefan.kaufmann@bundestag.de

Einigung auf den EU-Haushaltsplan: Gesamtetat schrumpft



Die Kanzlerin bei ihrer Regierungserklärung, Quelle: Deutscher Bundestag

Berlin – Der nach hartem Ringen der Staats- und Regierungschefs vereinbarte EU-Finanzplan für die kommenden sieben Jahre kann sich nach den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel „sehen lassen“. In einer Regierungserklärung am vergangenen Donnerstag nannte Merkel die Einigung der 27 EU-Staaten „ein hartes Stück Arbeit“. Erst-

mals in der Geschichte der Gemeinschaft schrumpft das Budget. „Es wäre nicht vermittelbar gewesen, wenn alle in Europa sparen müssten, nur Europa selbst nicht“, begründete sie die Sparbemühungen. Nach den Worten der Kanzlerin ist die Einigung in ihrer Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen. Noch im November 2012 habe es lediglich nach einer Notlösung ausgesehen, die dann nicht einmal von allen getragen worden wäre, sagte Merkel. Mit dem Gipfelergebnis gebe es nun Planungssicherheit für alle, besonders für die Mitgliedstaaten, die von der Krise hart getroffen seien. Der Einigung muss allerdings das Europaparlament noch zustim-

men. Deutschland werde auch künftig der größte Nettozahler bleiben, sagte die Kanzlerin. Es sei aber gelungen, eine faire Lastenverteilung zwischen den Nettozahlern zu erreichen. Gleichwohl räumte sie ein, dass Deutschlands Belastung in den kommenden Jahren – relativ gesehen – steigen werde. Besonders hob Merkel den neuen Fonds gegen Jugendarbeitslosigkeit hervor, der helfen soll, jungen Menschen in Europa den Weg in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu ebnet. „Mit sechs Milliarden Euro kann man hier wirklich etwas bewegen“, unterstrich Merkel. Sie sprach sich dafür aus, die Mittel schnell bereitzustellen.

Europa investiert in Bildung, Forschung und Innovation

Berlin – Zum ersten Mal in der Geschichte werden wir einen EU-Haushalt haben, der schrumpft. Angesichts des teilweise harten Sparkurses in einigen Mitgliedsstaaten ist es konsequent, dass auch die Europäische Ebene sparen muss. Wenn SPD und Grüne nun kritisieren, Europa werde „kaputt gespart“, geht das doppelt an der Realität vorbei. Mindestens genauso wichtig wie die Höhe des Gesamtetats ist die Frage, für welche Bereiche künftig das Geld ausgegeben wird. Hier

konnte sich Deutschland durchsetzen. So wird in die Zukunftsbereiche Bildung, Forschung und Innovation erheblich mehr Geld fließen als bisher. Die Ausgaben für Infrastruktur und Verkehr werden verdoppelt. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollen sechs Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Deutlich weniger ausgegeben wird im Bereich der Agrarsubventionen. Als Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgeabschätzung und zustän-

diger Berichterstatter habe ich mich frühzeitig eingebracht und auf europäischer Ebene für einen deutlichen Aufwuchs in diesem Bereich gekämpft. Wir werden die Wirtschaftskrise in Europa nur dann überwinden, wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den aufstrebenden Regionen dieser Welt verbessern. Höhere Geldausgaben machen also Europa nicht zwangsläufig besser. Europa muss statt dessen viel gezielter als in den Jahrzehnten zuvor in seine Zukunft investieren.

Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“



Das Logo des Wettbewerbs

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im Rahmen der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ in Zusammenarbeit mit der Vodafone Stiftung Deutschland auch dieses Jahr wieder den Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ gestartet. Noch **bis zum 24. März** können sich Projekte **beteiligen und bewerben**. Die Initiative muss hierbei folgende Kriterien erfüllen: Förderung der Bildungsgerechtigkeit, Vernetzung unterschiedlicher Akteure, Vorbildcharakter, Nachhaltigkeit. Bewerben Sie sich mit kreativen Ideen!

Mehr Infos finden Sie unter: <http://www.land-der-ideen.de/bildungsideen/wettbewerb>

Bundestag ändert Wahlrecht - Sitzverteilung wird neu geregelt

Berlin – Mit einer Reform des Wahlrechts beseitigt der Deutsche Bundestag bisweilen auftretende verzerrende Effekte. Am letzten Donnerstag verabschiedete das Parlament einen entsprechenden Gesetzentwurf, der gemeinsam von den Fraktionen von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingebracht worden war. Mit der Novelle reagiert der Bundestag auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes und nimmt Änderungen bei der Sitzverteilung im Bundestag vor. Die Karlsruher Richter hatten in ihrem Urteil vom vergangenen Jahr verlangt, den Effekt des „negativen Stimmgewichts“ zu vermeiden. Danach kann ein Zuwachs an Zweitstimmen unter bestimmten Umständen zu einem Verlust an Mandaten bei derselben Partei führen. Ferner wiesen die Richter darauf

hin, dass Überhangmandate ab einer bestimmten Größenordnung zu erheblichen Proporzstörungen führen können. Zur Vermeidung des negativen Stimmgewichts werden die 598 Sitze im Deutschen Bun-



Quelle: Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

destag nach der Neuregelung zuerst auf die Bundesländer verteilt. Die Größe dieser „Ländersitzkontingente“ bemisst sich nach dem Anteil eines Bundeslandes an der gesamtdeutschen Wohnbevölkerung. Anschließend werden diese Sitzkontingente nach Zweitstimmenanteil an die

Parteien im jeweiligen Land verteilt. Auch nach dem neuen Wahlrecht können Parteien Überhangmandate erzielen. Allerdings werden Überhangmandate künftig im weiteren Verlauf der Sitzverteilung durch zusätzliche Mandate an die anderen Parteien voll ausgeglichen. Ziel des Ausgleiches ist es, dass am Ende der ursprüngliche Proporz nach Zweitstimmen wieder hergestellt ist. Damit ist sichergestellt, dass die Bundestagswahl auch bei einer steigenden Anzahl von Überhangmandaten ihren Charakter als Verhältniswahl behält. Für Abgeordnete der CDU in Baden-Württemberg wird sich in der Realität kaum etwas verändern. Auch bei der nächsten Bundestagswahl muss aller Wahrscheinlichkeit ein Direktmandat errungen werden, um in den Bundestag einzuziehen.

Mitarbeit in der Vesperkirche: Auch in Stuttgart gibt es Armut



Gemeinsam mit anderen ehrenamtlichen Helfern in der Leonhardskirche

Stuttgart – Bereits zum 19. Mal findet dieses Jahr die sogenannte Vesperkirche statt. Zwischen Januar und März beherbergt die Leonhardskirche in der Innenstadt für insge-

samt sieben Wochen Obdachlose und Mittellose - von morgens 9 Uhr bis in den späten Nachmittag. Die Bedürftigen finden hier ein offenes Ohr und erhalten warme Mahlzeiten zu geringen Preisen. Wer sich das warme Essen nicht leisten kann, erhält nachmittags einen kostenlosen Vesperbeutel. Außerdem können sich die Bedürftigen dort die Haare schneiden lassen und erhalten medizinische Versorgung für sich selbst und auch ihre Tiere. Für Kinder gibt es sogar einen Spielbereich. Manche Bedürftige möchten sich in der Vesperkirche nur aufwärmen, andere suchen das Gespräch oder

spielen Karten miteinander. In der Vesperkirche ist jeder herzlich willkommen. Ich habe das Team der Vesperkirche – rund 40 Ehrenamtliche – vergangene Woche einen halben Tag lang tatkräftig unterstützt. Zunächst haben wir unzählige Brote für die Vesperbeutel geschmiert. Anschließend gab ich rund 350 Essen aus und räumte Geschirr ab. Am Rande gab es auch Gelegenheit für das eine oder andere Gespräch mit den bedürftigen Besuchern. Mein Dank gilt den vielen Helferinnen und Helfern, die die Vesperkirche überhaupt erst möglich machen – und dem Team des Diakonie-Pfarramts.

Praktikum im Wahlkreis



Zusammen mit Britta Müller im Wahlkreisbüro

Stuttgart – Britta Müller ist im Monat Februar als Praktikantin bei mir im Wahlkreisbüro in Stuttgart tätig. Sie kommt aus Stuttgart und studiert Verwaltungswirtschaft – ein Bachelorstudium mit zusätzlicher Befähigung zur gehobenen Beamtenlaufbahn. Im Rahmen ihres Praktikums lernt sie meine Arbeit als Abgeordneter im Wahlkreis sowie im Bundestag kennen und unterstützt mein Team. Es profitieren also beide Seiten. Danke dafür! Auch Interesse an einem Praktikum? Das Wahlkreisbüro nimmt gerne Bewerbungen entgegen.



Besuchen Sie mich auf Facebook und Twitter!

Auf Facebook finden Sie mich unter: <https://www.facebook.com/Stefan.Kaufmann.privat>

Noch aktuellere Kurzinformationen über meine Arbeit erhalten Sie, wenn Sie mir auf Twitter folgen: <http://twitter.com/StefanKaufmann>

Ich freue über diese direkte Form des Dialoges und über viele neue Kontakte – auch auf den Social-Media-Plattformen.